

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hfermann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rößelstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 6800. — Postcheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechs-wöchentliche Kolonelleile 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Lage auf dem Eisenmarkt und der Eisenwirtschaftsbund

Von H. Weimann (Düsseldorf).

Die Geschäftslage auf dem Eisenmarkt, die vor einigen Wochen noch sehr im argen lag, hat sich wieder gehoben. Die Preise zeigen eine stark steigende Tendenz und die Werke sind wieder mit Aufträgen voll versehen, so daß sie zum Teil wieder mit längeren Lieferfristen arbeiten. Die Unternehmerpresse registriert diesen Umschwung frohlockend und sucht nach Erklärungen hierfür. Man hat die Gründe bereits gefunden; die Deutsche Bergwerks-Verwaltung teilt sie der Öffentlichkeit mit. Schon zu Beginn des Umschwungs, als die ersten Anzeichen sich zeigten, am 1. Juli ds. J., schreibt sie unter 'Belebung auf dem Eisenmarkt':

„Den unmittelbaren Anstoß zu dem eingetretenen Aufschwung hat aber zweifellos die Einführung der freien Wirtschaft am Eisenmarkt gegeben. Die von uns immer vertretene Auffassung, daß nur aus der Beseitigung der Tätigkeit des Eisenwirtschaftsbundes ein Wiederaufleben des Geschäftsvorwärtens erwachsen könne, hat ihre volle Bestätigung durch die praktischen Ereignisse gefunden. Der Verbraucher ist jetzt wieder in der Lage, den Markt besser zu übersehen und sicherer zu kalkulieren; er braucht nicht mehr zu befürchten, daß durch plötzliches Dazwischentreten einer behördlichen Stelle seine Berechnungen wieder über den Haufen geworfen werden, und infolgedessen hält er die Zeit für gekommen, seine bisherige Zurückhaltung aufzugeben.“

Nach Herr Generaldirektor Dr. Haslach von den Rhein-Stahlwerken in Duisburg-Weiderich sagte in einer Generalversammlung des Werkes, die Wiederbelebung des Eisenmarktes ist eine Folge des Zusammenbruchs des Eisenwirtschaftsbundes. Wie konnte man auch so töricht sein und zur Zeit, wo die Lage des Eisenmarktes in der höchsten Blüte stand, den Eisenwirtschaftsbund errichten? Die 'Kurzschichtigkeit' der damaligen Regierung hatte für das gut florierende Wirtschaftsleben kein Verständnis und legte ihm 'Fesseln' an, die diesem zum 'Segen der Nation' wirkenden freien Spiel der Kräfte Einhalt geboten. So muß man unwillkürlich denken, wenn man die Unternehmerpresse verfolgt. Man hat es bisher meisterhaft verstanden, die öffentliche Meinung nach dieser Richtung hin zu beeinflussen. Keine Gelegenheit wurde verkannt, und leider fiel auch mancher Arbeiter diesen Einflüssen zum Opfer. Wie manchmal mußten sie bei Lohnforderungen hören: wendet Euch an Eure Kollegen im Eisenwirtschaftsbund, die durch die Gerabehaltung der Eisenpreise unserem guten Willen, Eure Forderungen zu bewilligen, die Möglichkeit genommen haben. Wie oft wurde den Betriebsräten bei Betriebsbesprechungen und bei Arbeiterentlassungen vorgehalten: der Eisenwirtschaftsbund ist schuld. In den Sitzungen des Eisenwirtschaftsbundes erkundeten Klageklieber listigster Art von dem drohenden Zusammenbruch der Industrie, die bei den festgesetzten Höchstpreisen nicht mehr lebensfähig sei. Schon in der Sitzung am 29. Mai 1920, in der die erste Preisermäßigung vorgenommen wurde und der Preis für Stabeisen, der bis dahin 3650.— Mk. pro Tonne betragen hatte, auf 3200.— Mk. pro Tonne ermäßigt wurde, hörte man dieselben Töne über die Unrentabilität der Industrie, wie in der Sitzung am 22. Oktober 1920, wo man den zuletzt gültigen Höchstpreis von 2440.— Mk. pro Tonne festsetzte. Dabei waren die Selbstkosten zur Zeit des Höchstpreises nicht wesentlich anders als zur Zeit der zuletzt bestehenden Höchstpreise. Wochten die Einsatz-Materialpreise in ersterem Falle etwas höher sein, so wurde dies beim Fallen derselben durch die inzwischen eingetretene Lohn- und Gehaltserhöhung wieder ausgeglichen. Man denke sich aber die Spanne von mehr als 1200.— Mk. pro Tonne bei ungefähr denselben Selbstkosten und man erhält ein klares Bild von den ungeheuren Industriegewinnen. Gewiss stand unsere Valuta zu Anfang des vorigen Jahres auf dem niedrigsten Stand von 4200 pro 100 holländische Gulden. Aber dieser Tiefstand hat nur ganz kurze Zeit gedauert und es erscheint die Frage bezweifelhaft, ob unsere Industrie überhaupt gerade in dieser Zeit der schlechtesten Valuta Auslandsrechnungen beglichen hat.

An der ungeheuren Marktentwertung, unter der wir heute noch so schwer zu leiden haben, trägt zweifellos die Eisen- und Stahlindustrie die größte Schuld. Ihr Streben nach Weltmarktpreisen mußte einen Rückschlag auf unsere Valuta ausüben. Die Kaufkraft der inländischen Bevölkerung sank immer mehr und mehr und die Summe der Zahlungsmittel mußte zur Beschaffung der teuren Bedarfsgegenstände, deren Preissteigerung sich automatisch vom Rohisen bis zum Endprodukt fortbewegte, in derselben Weise vermehrt werden. Der Eisenwirtschaftsbund hatte die Aufgabe, die Spanne zwischen Selbstkosten und Verkaufspreis auf ein natürliches Maß zurückzuführen. Wenigstens ließen sich die Arbeitnehmer vor dieser Ansicht leiten. Es war ganz natürlich, daß man hiermit den Interessen der Erzeuger, welche die hohen Preise, solange es das Gesetz von Angebot und Nachfrage zuließ, halten wollten, entgegenstand. Deshalb der Schrei nach Aufhebung der Zwangswirtschaft. Deshalb die Parole: 'Freie Wirtschaft!' Zu Beginn dieses Jahres setzte dann eine von geringer Nachfrage bedingte rückwärtige Preisbewegung ein. In der April-Sitzung ds. J. des Eisenwirtschaftsbundes fand man Verständnis für diese Entwicklung, man mußte, daß nach der vorhandenen Geschäftslage die Preise noch erheblich weiter sinken würden und setzte demzufolge die Höchstpreise bis auf weiteres außer Kraft. Die Unternehmerpresse nahm diesen Beschluß mit Vergnügen auf und forderte, daß, nachdem der Eisenwirtschaftsbund damit bewiesen habe, daß er zwecklos sei, er nun endgültig von der Bildfläche verschwinde. Hiermit sollte die Unmöglichkeit einer weiteren Preisbeeinflussung durch denselben erreicht werden. Nach den oben wiedergegebenen Äußerungen der Deutschen Bergwerks-Zeitung und des Herrn Dr. Haslach, der sogar von einem Zusammenbruch des Eisenwirtschaftsbundes spricht, bildet

dieser Beschluß die Ursache der gegenwärtigen Belebung des Eisenmarktes. Wenn diese Ansicht richtig wäre, dann hätte ja alsbald nach Freigabe der Eisenpreise die Geschäftslage sich heben müssen. Jedoch weit gefehlt. Die Preise fielen infolge der mangelhaften Nachfrage immer mehr und mehr und erreichten im Juni ihren Tiefstand. Es kosteten:

	Bester Preisstand Mai/Juni 1921 pro Tonne Markt	Letzter Höchstpreis April 1921 pro Tonne Markt
Stabeisen	1700	2440
Grobbleche	1750	3090
Mittelleche	1800	3300
Feinbleche	1900	3525
Walzdraht	1700	2720

Man denke hierbei an die Klageklieber bei den jeweiligen Höchstpreis-Parabehaltungen, und wer wundert sich da nicht, daß nicht ein einziges Werk zugrunde gegangen ist? Würden die niedrigen Marktpreise in einem so ungeheuren Mißverhältnis zu den Selbstkosten gestanden haben, so hätte auch das beste Werk vor dem Ruin gestanden, zumal doch behauptet wurde, daß die ab 1. November 1920 bestehenden Höchstpreise zum Teil schon unter den Selbstkosten lagen. Die Berechnung der Selbstkosten für die einzelnen Erzeugnisse ist ein Kapitel für sich. Herr Generaldirektor Dr. Vögeler von der Dortmunder Union war es wohl, der bei einer Gelegenheit sagte: „Es gibt keine Lügen, große Lügen und Selbstkosten.“ Soll das etwa heißen, daß man seinen eigenen Selbstkostenberechnungen nicht glaubt? Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß die Berechnung der Selbstkosten auch bei der größten Mühe nach Objektivität nicht einwandfrei erfolgen kann. Hierbei müssen eine ganze Reihe Faktoren berücksichtigt werden, die steten Schwankungen unterliegen und nur schätzungsweise verrechnet werden können. Die tatsächlichen Selbstkosten der Werke, die vor-Veranschlagung der zu Buche stehenden Lagerbestandspreise für Einlagematerial sich ergeben, dürften wohl zeigen, daß die meisten Werke wohl in der Lage waren, eine gewisse Zeit zu den niedrigen Marktpreisen zu verkaufen.

Ende Juni hat die Zurückhaltung der Käufer auf dem Eisenmarkt nachgelassen. Die wieder eingetretene starke Nachfrage nach Walzprodukten hat geradezu in bedenklicher Form auf die Preisgestaltung eingewirkt. Im Juli stieg der Preis für Stabeisen von 1700 Mk. auf 2200 Mk.
Grobbleche 1700 2000 .
Mittelleche 1800 2400 .
Feinbleche 1900 2450 .
Walzdraht 1700 2350 .

Worauf ist diese eminente Preissteigerung zurückzuführen? Sind die Selbstkosten in demselben Verhältnis gestiegen? Die letztere Frage muß verneint werden. Wenn auch zugegeben werden muß, daß infolge der Verschlechterung unserer Valuta und des Anstieges der Schrottpreise sich dieselben verteuert haben, so sieht doch sehr, daß heute für einzelne Erzeugnisse bereits wieder Preise gefordert werden, die die Stufe von Selbstkosten plus angemessenen Gewinn bereits wieder erreicht, wenn nicht überschritten haben. Dabei mag zugegeben werden, daß einzelne Erzeugnisse wirklich unter den Selbstkosten, die sich im Einlagematerial auf heutige Tagespreise ausbauen, verkauft werden. Die Aussicht besteht jedoch, daß auch in diesen Produkten bald eine Änderung eintritt. Dabei trägt sich die Industrie mit dem Gedanken, die demnächst eintretenden Steuerlichen und sonstigen Belastungen auf ihre Abnehmer abzuwälzen, d. h. auf die Verkaufspreise zu schlagen. Die Zeitschrift 'Stahl und Eisen' schreibt in ihrem Bericht über die Wirtschaftslage im Juni:

„Sollten die Selbstkosten noch weiter ansteigen — und die gewaltigen Steuern und sonstigen Lasten werden das wohl in Kürze bewirken — so müssen die Selbstkosten und Verkaufspreise unbedingt wieder in das richtige Verhältnis gebracht werden.“

Das heißt auf gut deutsch, die uns auferlegten Lasten tragen wir nicht selbst, sondern unsere Abnehmer, die Verbraucher. Diese werden dann genau so wie die Erzeuger auch versuchen, die ihnen von Seiten des Reichs einerseits und von den Erzeugern andererseits auferlegten Lasten auf die weiteren Verbraucher abzuwälzen und so geht dann die Sache weiter bis zum Endverbraucher, das sind die Konsumenten, zum größten Teil Arbeiter und Angestellte, die dann die Belastungen der gesamten Volkswirtschaft zu tragen haben. Hier wäre es an der Zeit vorzubauen und durch sofortige Einführung neuer Höchstpreise diese Bestrebungen im Keime zu ersticken. Die Spanne zwischen Selbstkosten und Höchstpreisen wird dabei um den Betrag der Steuern und sonstigen Lasten verringert werden müssen. Allen Anschein nach wird der Eisenwirtschaftsbund, der allgemein als tot geglaubt wurde, seine Tätigkeit demnächst in vollem Umfange wieder aufnehmen müssen, wenn nicht die Erzeuger es verstehen, ihre Verkaufspreise in einem angemessenen Verhältnis zu den Selbstkosten zu halten. Hierbei muß ein besonders nachsichtiges Auge auf die Entwicklung der Schrottpreise gerichtet werden, die in ganz kurzer Zeit von 550 Mk. bei Kernschrott auf 750 Mk. pro Tonne gestiegen sind. Die Preise für Schrott müssen zur Verbilligung der Selbstkosten und demgemäß auch zur Verbilligung der Eisen- und Stahlpreise möglichst niedrig gehalten werden, wobei man auch nicht vor dem Mittel der Einführung von Schrotthöchstpreisen zurückschrecken darf. Was der Stahlschrott für die Stahlwerke bedeutet, bedeutet der Gußschrott für die Eisengießereien. Der Preis hierfür stieg in derselben Zeit von 700 Mk. auf 950 Mk. pro Tonne. Will man hier noch länger talentlos zusehen? Der Reichswirtschaftsminister, der laut Beschluß des Eisenwirtschaftsbundes ermächtigt ist, sobald ihm dies erforderlich erscheint, neue Höchstpreise mit sofortiger Wirkung wieder in Kraft zu setzen, wird nicht mehr länger zögern dürfen, da es sonst zu spät ist. Daß dies einem Teil der Unternehmer, die nun glauben, daß nach der Aufhebung der Höchstpreise der E.W.B. gänzlich überflüssig sei und sobald als möglich zu verschwinden habe, nicht

paßt, darüber dürfte man sich ohne weiteres klar sein. Maßgebend darf nicht das Interesse einer einzelnen Gruppe, sondern das der Allgemeinheit sein. Wir sind zwar weit davon entfernt, den E.W.B. als ein Ideal hinzustellen, wir würden es viel lieber sehen, wenn an dessen Stelle eine Einrichtung mit weitgehenderen Befugnissen und erweiterten Rechten der Arbeiterschaft träte, stehen aber auf dem Standpunkt, daß, solange uns diese Gewähr nicht geboten ist, an eine Beseitigung des E.W.B. nicht zu denken ist. Doch darüber mehr bei der Beurteilung des demnächst erscheinenden Entwurfs zur neuen Verfassung des Eisenwirtschaftsbundes.

Die Hilfsaktion für Rußland

Von die deutschen Arbeiter und Angestellten!

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in seiner am 13. und 14. August in Berlin abgehaltenen Konferenz zur Lage des durch Hunger und Seuchen aller Art in schlimmster Nohe heimgeführten russischen und georgischen Volkes Stellung genommen. Er beschloß einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen und die gewerkschaftliche Landeszentrale aller Länder zu beauftragen, Sammlungen einzuleiten. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die in Amsterdam, die in Berlin über die Hungerkatastrophe in Rußland beraten hat, erklärt ihr tiefstes Mitgefühl mit dem russischen und georgischen Volk, insbesondere mit der notleidenden Arbeiterschaft in beiden Ländern. Die Konferenz nimmt Kenntnis von den spontanen Solidaritätsaktionen und Aktionen, die die Arbeiterschaft der angeschlossensten Organisationen bereits in die Wege geleitet hat. Sie beschließt, die schon im Gange befindlichen Sammlungen im Interesse ihrer sofortigen und wirksamen Verwendung zusammenzufassen, zu erweitern und zu zentralisieren, und bestimmt das folgende:

1. Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird beauftragt, sofort einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen.
2. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder haben die Sammlungsberichte der ihnen angeschlossenen Verbände und der sonstigen Organisationen, die sich an dem Hilfswerk beteiligen, zu zentralisieren.
3. Die von den Landeszentralen zentralisierten Beträge werden in Gemäßheit der Anweisungen des Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Verfügung gestellt.
4. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund zentralisierten Fonds sollen, soweit möglich, zur sanitären Hilfeleistung und zur Beschaffung von Lebensmitteln verwendet werden.

Eine erste Expedition wird sofort organisiert und unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Rußland entsandt. Eine Summe von 1 Million Mark wird sofort aus den Mitteln des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereitgestellt. Die Landeszentralen werden ferner ersucht, Vorschläge zu diesem Zweck zu gewähren. Mit dem roten Kreuz wird unter Wahrung der Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Aktion auf technischem und organisatorischem Gebiet Verbindung hergestellt, um die Transportfrage zu lösen. Die Landeszentralen sind außerdem verpflichtet, auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, um diese zu unverzüglicher Hilfeleistung für das russische Volk zu bewegen.

Zur Befestigung dieser Beschlüsse erklärt die Internationale Gewerkschaftskonferenz, daß die unternommene Aktion durch ihre rein menschlichen Ziele und angesichts der weltumfassenden Solidarität über allen politischen Meinungsverschiedenheiten steht. Sie ist ein proletarisches Werk, an dem die Arbeiter jeder Nation teilnehmen müssen, trotz der Schwierigkeiten und der schweren Lasten, welche auf die Arbeiterschaft aller Länder drücken. Bei der Konferenz nahmen außer dem Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes Vertreter Frankreichs, Belgiens, Hollands, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, der Schweiz, Schwedens, Dänemarks, Luxemburgs, Dänemarks und Deutschlands teil.

Hierauf bezugnehmend erläßt der I.G.B. noch folgende Beschlüsse:

In Gemäßheit dieses Beschlusses fordern wir die Arbeiter und Angestellten Deutschlands auf, unverzüglich mit den Sammlungen zu beginnen.

Die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Ortsstellen des Afa-Bundes werden ersucht, sofort Sammlungen an die Gewerkschaftsmitglieder herauszugeben. Die Sammlungsberichte sollen umgehend an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unter nachfolgender Adresse: Hermannstraße, Berlin S.O. 16, Engelstraße 24, IV, oder auf Postcheckkonto 7930 Postcheckamt Berlin, eingekandt werden.

Wir fordern alle Arbeiter und Angestellten auf, nach Maßgabe ihrer Kräfte sich an diesen Sammlungen zu beteiligen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
I. H. Belpart
Allgemeiner freier Angestellten-Bund
S. H.

Wir haben bereits in Nr. 33 unserer Zeitung auf die zwingende Notwendigkeit, dem hungernden russischen Volke Hilfe zu bringen, hingewiesen. Wir wiederholen heute bringen unsere Bitte. Die Not in Rußland ist erschreckend groß. Kollegen, gebt schnell und reichlich! Aus einem Schreiben des russischen roten Kreuzes geht hervor, daß Überföndung von Chinin, Aspirin, Salvarsan, Cardiacum, Narcotica sars und Begerstänbe, für den Laboratoriumsbedarf besonders wichtig ist und daß das russische rote Kreuz die weitgehendste Unterstützung der russischen Regierung genießt. Es wird daher in erster Linie für die Überföndung dieser Medikamente Sorge getragen werden. Dazu bedarf es großer Geldmittel.

Wir fordern unsere Kollegen auf, ihre Spenden nur auf den Sammelstellen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa zu zeichnen. Wir warnen dringend, sich der kommunikativen Etikette zu bedienen. Die gegen Treu und Glauben verfochtene Haltung der Kommunisten in Berlin, wo sie zuerst einer gemeinsamen Aktion zustimmten, hinterher aber ohne Wissen der Gewerkschaftskommissionen eigene Sammlungen herausgaben, legt unseren Kollegen die Pflicht auf, Vorsicht walten zu lassen. Die Kontrolle ist erfahrungsgemäß über bezahlte Sonderaktionen in nicht genügender Weise vorzunehmen. Darum, deutsche Metallarbeiter, zeigt euren Opfermut, der sich im schou bewährte, helfe dem russischen Volk, schänt es vor Hunger und Tod. Weht reichlich und schnell auf die Hilfen des I.G.B. und der Afa.

Die gelben „Moskauer“

Von Wilhelm Dittmann

Sie können doch die deutschen Gewerkschaften nicht gelbe Gewerkschaften nennen. ...

Die deutschen Kommunisten sind die gedankenlosen Nachbeter der russischen Bolschewisten. Was ihnen gestern noch schmeichelt zu sein schien, erklärt sie heute für pechschwarz, wenn Moskau es so verlangt. ...

Über viele Kommunisten, die von den freien Gewerkschaften als „Gelben“ reden, ...

Er ist zweifellos erfreulich, wenn bisher Gelbe sich von dieser Art und verabschämungswürdigen Handlungsweise abwenden und Anschluss bei ihren Arbeitsbrüdern suchen. ...

Diese Eigenschaften der Gelben sind unter den heutigen Kommunisten, eben weil sie — gelbige Gelbe sind. ...

Durch ihr unwürdiges Vorgehen charakterisieren sie die Arbeiterbewegung, ...

Die Geschichte der gewerkschaftlichen Bewegung seit der Revolution ist sehr unheilvoll beeinflusst worden von diesen gelben Revolutionären. ...

Vorwärts! Mit tapferem und unerschütterlichem Willen hat vor Monaten der zusammengebrochene Streik bei den Farbenfabriken von Hermann Friedrich Bayer & Co. in Leverkusen im westlichen Rheinlande ...

Und Karlsruhe! Die Karlsruher Bergarbeiter waren früher die typischen Unternehmerräuber, ...

Es war deshalb sehr schön in den Gewerkschaften versuchen, ...

Wo und wie sich das Proletariat befindet, ...

Volkswirtschaftliche Begriffe

Zahlungsbilanz

Die Summe aller Zahlungen einer einheimischen Volkswirtschaft an das Ausland auf der einen Seite, andererseits aller Zahlungen des Auslandes an das Inland wird zusammengefasst und rechnerisch gegenübergestellt in der Zahlungsbilanz. ...

Mit der Valuta wird spekuliert. In einem gewissen Zeitpunkt das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in deutscher und ausländischer Währung günstig für das ausländische Geld und ungünstig für die deutsche Mark, ...

Haben aber die Herren Spekulanten billig eingekauft, dann haben sie das größte Interesse daran, ...

Anmerkung der Schriftleitung: Eine unumgängliche Notwendigkeit zur Führung des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes der Zukunft ist die wirtschaftliche Schulung der Arbeiter. ...

Zum Verbandstag

Zur Einführung der Verhältniswahl.

Zum bevorstehenden Verbandstag sind Anträge, u. a. ein solcher vom Kollegen Nummer gefordert, ...

Es ist der Antrag, dass alle Wahlen in Verbänden in Zukunft nach dem Grundsatze der Verhältniswahl stattfinden sollen. ...

Nun haben aber die Vorkommnisse der letzten Jahre in unserem Verbande beim Antrage Nummer Kenntnis geleistet. ...

Nun weiß ich sehr wohl, dass auch der Antrag Nummer dieser Abwehr dienen soll. ...

Nun weiß ich sehr wohl, dass auch der Antrag Nummer dieser Abwehr dienen soll. ...

einem Jahre unter dem Gesichtswinkel: S.P.D. oder U.S.P.D. recht stark in der einzelnen Körperschaft vertreten lassen, geführt werden. ...

Wird dem vorstehend Ausgeführten soll selbstverständlich mit Ausdrud gebracht sein, ...

Der Kongress tagt im Saale des Luzerner Volkshauses. ...

Der neunte internationale Metallarbeiterkongress

Auf historischem Boden, an den Ufern des Vierwaldstättersees selbst die alten Schweizer den Mühliswurst ablegten, ...

Wohlwollig waren die Landmannschaften in Luzern vertreten. ...

Der Kongress tagt im Saale des Luzerner Volkshauses. ...

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache Jig. Bern, ...

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, ...

Der Schweizer Arbeiterkongress vertritt die internationale Bewegung zur Bekämpfung der Revolution mit dem Hinweis, die Leninisten seien die Sozialisten. Im Krieg triumphierte die internationale Solidarität der Arbeiter. Dies darf nie wieder vorkommen. Die internationale soll nicht nur für normale ruhige Zeiten gelten, sondern soll sich bemühen im Not und Gefahren, sie muß sich behaupten, auch wenn die chaotischsten Wellen hoch gehen. Die Gewerkschaften müssen nicht nur für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten, sondern haben auch den Kampf zu führen um die Produktionsmittel zur Erreichung der sozialistischen Produktionswelt.

Dabei-England gebührt Charles Johnson, der ein Mitbegründer der Metallarbeiter-Internationalen ist. Krankheit und Alter hielt ihn vom Kongress fern.

Der Sekretär, Kollege Jig, macht nunmehr geschäftliche Mitteilungen. Die finnländische Organisation war nicht in der Lage, eine Delegation zu entsenden. Die Begründung wird als ausreichend für die Entschuldigung angesehen. Die Amerikaner konnten ebenfalls nicht rechtzeitig erscheinen, mochten Brommle-England mit ihrer Vertretung beauftragt. Da Kissen gehörten dem Bund nicht an. Sie behaupteten zwar Mitglied des Bundes zu sein, haben aber seit 1910 keinen Bundesbeitrag bezahlt. Jigs Versuche, über diesen Punkt eine Verständigung zu erzielen, habe ihm nur schnöden Klatsch von den Briten eintragen. Der vorjährige Kongress habe dann einen Beschluß gefaßt, der besagt, daß die Moskauer Gewerkschafts-Internationalen angeschlossener Organisationen nicht gleichzeitig dem Internationalen Metallarbeiter-Bund angeschlossen sein können. Aus diesem Grunde konnte er sich auch nicht zum Kongress laden. Seit seinem ersten Erscheinen habe er keinerlei Nachrichten mehr aus Rußland erhalten. Vor 8 Tagen, kam ein Telegramm von Busch-Berlin, wo er mittelst, er sei im Besitz von drei russischen Mandaten und es solle ihm die Einreiseerlaubnis besorgt werden. Die Schweizer waren jedoch vorher schon bei der Regierung vorstellig geworden zur Erlangung der Einreiseerlaubnis für alle Delegierten. In der vorliegenden Frage wurde die Angelegenheit dem gesamten Bundesrat unterbreitet, der Kenntnis der Namen der Delegierten verlangte. Da aber diese Namen erst vor einigen Tagen mitgeteilt worden sind, war es zu spät. Busch wurde hieron in Kenntnis gesetzt und darauf erging der Aufruf der Kommunisten an die Metallarbeiter der Welt, worin der Sekretär Jig angebetet wird, weil er nicht sofort die schweizerische Arbeiterzeitung zum Kampf aufgerufen habe gegen die Regierung, und wenn dies erfolglos geblieben wäre, die Arbeiter der ganzen Welt. Jig sollte fest, daß die Bolschewikisten ja nicht nur für die Schweiz, sondern auch für alle anderen Länder stehen, und daß er alles getan habe, um die Einreise für die Russen zu erleichtern.

Eine kommunistische Minderheit des internationalen Metallarbeiter-Bundes sendet ein Telegramm und wünscht dem Kongress besten Erfolg.

Es erfolgt Würdigung: Das Büro des Kongresses setzt sich zusammen aus: Brommle-England, Solow-Belgien und Henschel-Deutschland als Vorsitzende, Loms-Oesterreich und Guanarisi-Italien als Stellvert. Alsdann wurde eine Kommission zur Ausarbeitung einer Resolution für die Friedensaktion eingesetzt. Sie besteht aus Dikmann-Deutschland, Baed-Belgien, Merckel-Frankreich, Stein-Oesterreich und Cople-England. Eine andere Resolution zur Frage der Arbeitszeit redigieren Brandes-Deutschland, Mac Rennan-England, Hiesbrunner-Schweiz, Gassen-Dänemark und Campel-Arbeiterzeitung.

Zweiter Tag.

Brommle-England als Präsidium eröffnet mit einer markanten Ansprache die Sitzung. Er führt aus: Die Engländer konnten in Kopenhagen nicht erscheinen, erkennen aber die gute Arbeit dieses Kongresses an. Auf dem Kongress 1889 in Zürich war man bestrebt, die Arbeiter der Welt zu vereinigen. Die Anarchisten sabotierten diese Bestrebungen. Die Spaltungerscheinungen, die wir heute in der Arbeiterbewegung beobachten, sind nicht einmal neu. Damals war es die heilige Allianz, die die Jacobinische „parlamentarische Aktion“ oder „direkte Aktion“ erfindet und damit eine gewisse Zeit Verzerrung in die Arbeiterbewegung brachte. Dann verlor die Anarchistenbewegung ihre Jungkraft. Das gleiche wiederholte sich jetzt auf dem kommunistischen Kongress. Die sozialistischen Anschauungen haben überall die gleichen Nationen und zwar eine das gegen, acht erheben sich der Stimme. März hätte früher schon erklärt. Gewiß kämpfte ich gegen die bürgerliche Gesellschaft, aber niemals mit den Mitteln der heiligen Allianz. Heute wird nicht großer Gehörnis bei Propaganda getrieben für eine logische neue Lehre, die in Wirklichkeit eine sehr alte ist. Die von Rußland behaupteten Methoden nützen nicht der Arbeiterbewegung, sondern dienen letzten Endes in ihren Aktionen der bestehenden Klasse. Würden die ungeheuren Gelder und Kräfte der 3. Internationale alle nützlich angewandt, wieviel wertvolle Arbeit könnte damit geleistet werden, und nicht zuletzt im Interesse der russischen Arbeiter selbst. Wir Engländer erkläre die Demokratie für die Welt und seine Demokratie für Einzige. Wir müssen noch viel Aufklärungsarbeit leisten, das geht langsam, aber wir können sicher ans Ziel.

Kollege Jig gibt hierauf Erklärungen zum gedruckten vorliegenden Bericht des Sekretärs. Auftragsgemäß sind die Russen erachtet worden, in einen Meinungsaustausch über den Internationalen Metallarbeiter-Bund mit ihm einzutreten, als Antwort kam ein Brief, gezeichnet Schlappkopf, der in dem bekannten kommunistischen Ton nur eine Anerkennung des Bundes und seiner führenden Personen darstellte. Somit galten alle Versuche einer Verständigung mit den Russen als gescheitert.

Mit den spanischen Kollegen ist Verbindung gesucht worden; die gewünschte schriftliche Ausprache hatte Erfolg, bis die in Spanien geltende einseitige Reaktion alles gescheitert. Gegenwärtig stehen die spanischen Arbeiter in schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen, nach deren Beendigung erst der Anschlußfrage wieder näher getreten werden kann. Eine internationale Verbindung mit Portugal einzugehen ist schwierig, da die Kollegen dort über keine Zentralgewerkschaft verfügen und im förmlichen die Gewerkschaftsbewegung sehr unentwickelt ist. Humanen hält den Anschluß an die 3. Internationale für das Richtige. Von Bulgarien konnten wir keine Nachricht erhalten. In Jugoslawien sind Gruppen vorhanden, mit denen wir jedoch in Verbindung stehen. In Amerika ist der Gedanke der Internationale sehr schwach vertreten. Immerhin hat sich der Verband der Maschinenbauer, einer der stärksten Verbände mit 350.000 Mitgliedern und bereits angeschlossen. Es sind noch viele Verbände für uns zu gewinnen, dabei müssen uns die Engländer als die den Amerikanern am nächsten stehenden behilflich sein.

Das ganze internationale Proletariat begrüßt die russische Revolution. Tiefe Sympathien glauben die russischen Kommunisten für ihre Parteiworte gebrauchen zu können. Wir fanden bei ihnen keinen Anklang. Die Klassen brachten mit ihren neuen Methoden einen lähmenden Widerstand in die Arbeiterbewegung, dadurch sind sie zu Stützen der Reaktion geworden. Der Kongress muß erneut erklären: Wer in den Bund eintreten will, hat kein Status zu erhalten und hat sich seinen Verpflichtungen zu unterwerfen. Widerspruch wird es geben und hat es gegeben, solange es eine Arbeiterbewegung gibt, der Ausweg hat sich aber in sozialen Formen zu bewegen. Heute ist die Arbeiterbewegung überall in die Defensive gedrängt und kann nur in der Verteidigung bestehen.

Für die Arbeiterklasse gilt es, die politische Macht zu erkämpfen, der Kongress muß aussprechen, daß dies unsere Aufgabe ist. Der Krieg war ein politischer Akt, die Auswirkungen dieser politischen Handlung trafen die Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet. Die rein gewerkschaftliche Arbeit kann und wird nicht mehr genügen, es muß um die Produktionsmittel gekämpft werden. In einzelnen Ländern wird es schwerer werden. Trotzdem muß die Bewegung vorwärts getrieben werden.

Das Statut ist eine grundsätzliche Erklärung. Unser bisheriges ist in diesem reformbedürftig. So liegt Ihnen ein neuer Entwurf vor, dem Sie Ihre Zustimmung geben können.

Vor dem Krieg hatten wir die Internationale Metallarbeiter-Bundschau. An die Herausgabe derselben ist vorläufig nicht wieder zu denken.

Es wird das System vorgezogen sein, die Korrespondenzen noch Bedarf herauszugeben.

Wir können hier beschließen, was wir wollen, wenn die Landesorganisationen nicht für ihre Einbildung der Beschäfte sorgen, erreichen wir nichts. Unser Streben muß dahin gehen, den Bund fester zu stellen. Statistiken müssen von den einzelnen Organisationen herausgegeben werden, damit wir gegenseitig besser informiert sind und dadurch unserer Stärke und auch unserer Schwächen uns bewußt werden. Die Beitragsfrage hat uns schon immer beschäftigt. Das Zentralkomitee schlägt vor, die Beiträge zu erhöhen. Die Landesorganisationen müssen im Kampf um grundsätzliche Forderungen (Wahlhunderttag, Koalitionsrecht) aus Mitteln des Bundes unterstützt werden.

Der Kongress hat grundsätzliche Richtlinien aufzustellen, muß Institutionen schaffen, die bedrängten Landesorganisationen unterstützen und der Bund muß zu einer Kampfesorganisation werden, die der Arbeiterzeitung in schwerer Zeit Hilfe leisten kann.

Dikmann (Deutschland) erklärt seine volle Abneigung mit den Ausführungen des Sekretärs und weist darauf hin, wie außerordentlich die Situation seit Kopenhagen verändert ist. Während damals in vielen Ländern noch Hochkonjunktur war, stehen wir jetzt inmitten einer gewissen Weltkrise, die mit Rücksicht auf die Notwendigkeit engster internationaler Zusammenfassungen hinweist, und zwar in politischer wie wirtschaftlicher Beziehung. Das Unternehmen versucht, ein Land gegen das andere auszuspielen durch üble Gerüchte über angebliche ungünstigere Arbeitsverhältnisse. Der Bund muß darum Wert darauf legen, einen raschen und zuverlässigen Informationsdienst zu organisieren, der neben statistischen Erhebungen auch rasche Berichterstattung über stattfindende Kämpfe und die Art, wie die internationale Unterstützung zu erfolgen hat, ermöglicht. Ebenso ist ein Austausch über die technischen Erfindungen der Industrie sowie die Erfahrungen der Arbeiterorganisationen, wie Betriebsräte usw., von großem Wert. Zum Schluß weist er noch auf die vielzählige internationale Unterstützung wie die von Stines mit Alpine Montan und Garret mit Urbech usw. hin.

Merckel (Frankreich) geht auf die Angelegenheit mit den Russen ein. Wir können die Fragen nicht ohne Rußland lösen. Die Russen wissen nicht, was sie wollen, dadurch entstehen die Unklarheiten. Wir müssen versuchen, die Russen zu uns heranzuziehen, um uns mit ihnen zu verständigen. Die Kür des Bundes dürfen wir nicht vor ihnen aufhängen. Es ist gefährlich, den politischen Kampf alsbald in den Vordergrund zu stellen, dann kann es kommen, daß die Arbeiterklasse die politische Macht übernehmen muß, ohne Kräfte zu haben zur Übernahme der wirtschaftlichen Macht. In Rußland ist dieses System zusammengebrochen und so wird es in allen Ländern gehen, wo die Arbeiterklasse unter ähnlichen Verhältnissen die Macht übernehmen würde.

Kumler (Deutschland): Ich habe die Empfindung, wenn ein neuer Krieg ausbrechen würde, läßt sich die Arbeiterzeitung wieder in den nationalen Strudel ziehen, denn eine russische Haltung der Arbeiter gegen den Krieg und die Militäraktionen ist nicht zu demoralisieren. Aber all arbeiter Arbeiter an Kriegskriegungen und Munition. Der internationale Gebante muß stärker unter die Arbeiter getragen werden. Wir müssen Fühlung mit den Russen suchen. Die Kür ist ihnen offen zu halten, denn wir brauchen die russische Arbeiterklasse. Der kommunistische Haube erlöst merckel. Wir hören nur die kommunistischen Schreie. Wenn die russische Arbeiterzeitung reden dürfte, würden wir etwas anderes hören. Wichtig für uns ist der Anschluß der Amerikaner. In Amerika liegt das Schwerkraft der wirtschaftlichen Entwicklung. 15 Metallarbeiterorganisationen haben sich noch abteilt der Internationale. Sie zu gewinnen, müssen uns die Engländer behilflich sein.

Stein (Oesterreich) lenkt die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftliche Lage der österreichischen Arbeiterzeitung. Der Friede von Versailles und St. Germain hat die wirtschaftlichen Grundlagen Oesterreichs vernichtet. Der Friedensvertrag hat die Produktionsstätten von den Produktionsstätten getrennt. Wir erwarten von der Internationale Hilfe. Die Arbeiterzeitung in Oesterreich hat sich manches erlitten, was in anderen Ländern nur in der Theorie besteht. Wir eine Trennung der gewerkschaftlichen und politischen Auffassung ist in der österreichischen Arbeiterzeitung kein Verständnis. Nur unter dem Druck einer reaktionären Gesetzgebung sei früher die Trennung vorgenommen worden. Für sie aber gebe es nur einen Kampf, den Klassenkampf gegen den Kapitalismus, und darum müßte eine Internationale aufgestellt werden, die in der Lage sei, diesen Kampf zu führen. Ich habe den Dank der österreichischen Arbeiterzeitung für die unsere Kameraden erwiesene internationale Hilfe ab.

Cople (England): Wir erkennen die Arbeit des Bundes an. Es ist noch sehr viel Arbeit zu leisten. Die Unternehmer spielen die Arbeiter gegeneinander aus. In England erklären sie, daß man in Belgien 12 Stunden arbeite, in Deutschland könne man keinen Achtstundentag, dadurch könnten sie nicht konkurrieren und die Löhne müßten abgebaut werden. Wir wissen, daß dies alles Schwindel ist, und doch fehlt es uns an bestimmten Fakten zur Widerlegung. Der Bund muß dieses Material beschaffen. Enttäuscht ist der Redner über die Bemerkung Merckels über die politische Aktion. In England haben wir andere Erfahrungen gemacht. Wir haben einen Kollegen nach Amerika geschickt, der heute noch auf unsere Kosten dort weilt, um die Amerikaner für unsere Internationale zu gewinnen. Solange wir den Militarismus noch haben, müssen wir versuchen, mit parlamentarischen Mitteln die Macht zu erlangen, um ihn zurückzudrängen.

Der Bericht des Sekretärs Jig wird einstimmig angenommen. Aus dem Bericht der Mandatprüfungskommission geht hervor, daß 54 Delegierte anwesend sind, deren Mandate zu Beachtung (Schluß folgt.)

Amsterdam gegen Moskau

III.

Da die Bolschewisten selbst die Diktatur nicht mehr ernst nehmen, kann wahrhaftig nicht verlangt werden, daß der Internationale Gewerkschaftsbund sich für sie ins Zeug legt. Deshalb ist er noch kein Vorläufer der bürgerlichen Demokratie; im Gegenteil weiß er besser, daß in ihr niemals die sozialen Forderungen der Arbeiterzeitung verwirklicht werden können. Und die Reaktion in allen Ländern verschärft nur diese Gemüths.

Die bürgerliche Demokratie unterdrückt in Frankreich alle antimilitaristische Propaganda; sie buldet in England den Terror gegen das irische Volk, sie unterdrückt die irische, sozialistische Presse und mißachtet die Forderung der Bergarbeiter, die für gleiche Arbeit gleiche Löhne fordern; sie ist in Deutschland außerstande, die unterdrückten monarchistischen und militaristischen Treiben auszusprechen. Die bloße politische Demokratie bietet keinen Schutz gegen den schrankenlosen Militarismus der Siegerstaaten und sein heimliches Fortwachsen bei den besiegten Völkern. Die Liquidation des Krieges war eine Probe auf die Aufrichtigkeit der Friedensabstehen der bürgerlichen Demokratien. Die Friedensverträge wurden Grundgebungen brutalen Machtwillens. Die Phrasen jedensichtiger Humanität, die sie verbergen sollten, verschärften nur den Einbruch unverföhlicher Ausbeuterpolitik. Der Völkerverbund, der nur eine Begleiterscheinung dieser Politik war, konnte kein tatkräftiger Bürger sozialer Freiheit und Gerechtigkeit werden. Wo es um die Rechte des arbeitenden Volkes geht, genügt die Souveränität des Reinen Dubodgates, seine Ziele zu sabotieren. Er ist eine Attrappe des Kapitalismus für harmlose, aber unverbesserliche Idealisten.

Für diese bürgerliche Demokratie kämpfen die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften in keinem Sinn. Die Sozialisierung der Produktionsmittel, die ein wesentliches Ziel der Amsterdamer Internationale ist, ist ein Vollstreckungsvoraus, der mit dem bloßen politischen Parlamentarismus nicht auskommen kann. Die Produktionsdemokratie, auf der Grundlage der Betriebsräte konsequent entwickelt, ist eine Ueberwindung der bürgerlichen Demokratie in der Richtung des Sozialismus. Für sie gibt es in jedem Lande eigene Möglichkeiten, individuelle Voraussetzungen und Formen. Das Mittelalter, Industrieerbaue und Gütern werden

in ihrer vollen Bedeutung gewertet werden, wenn Ingenieure und Betriebsleiter aus den Reihen der Gewerkschaften oder mit sozialistischem Geist durchdrungen, den Mittelkern des Kapitalismus entgegen gestellt werden können. Sozialisierung der Produktionsmittel ohne Erziehung der Geister in der Richtung der Sozialisierung, ohne Ausbildung der Gewerkschaften zu Kämpfern für jeden Dienstgrad der Produktion ist eine wirkungslose Drohung. Von den Gewerkschaften aus oder im Zusammenhang mit ihnen, muß die Erweiterung der Front der Arbeiterbewegung erfolgen. Die Einbeziehung der Angestellten und Beamten, schließlich der Ingenieure und Betriebsleiter in den Kampf für die Sozialisierung. Sobald die Arbeiterzeitung genug Praktiker verfügt, die die Sozialisierung durchzuführen können, wird nichts so zu hindern vermögen, das letzte und mächtigste Privileg der Kapitalisten zu zerstören: ihr Sachverstand, das auf dem Monopol der Bildung beruht.

Die Gewerkschaftsbewegung ist nur ein Teil der proletarischen Bewegung, deren leitender Gedanke die Befreiung der Arbeiterklasse, die neue Gesellschaft ist.

Die Gewerkschaftsbewegung wird im Verlauf ihrer Kämpfe in jeder Nation zu sozialistischen Zielen geführt. Der Bergarbeiter in England ist ein Beweis dafür aus letzter Zeit. Auch wenn die Ziele nicht in sozialistischer Terminologie formuliert werden; auch dann, wenn in den konkreten Forderungen der Gewerkschaften mit bewußter Sorgfalt jede Anspielung auf sozialistische Forderungen vermieden werden oder sogar das Streben nach sozialistischen Zielen ausdrücklich bekämpft wird. Die fortwährende parteiprogrammatische Betonung der allgemeinen Ziele der Arbeiterbewegung ermöglicht um so mehr, als die Gewerkschaften sehr in einer Phase sozialistischer Entwicklung ihrer Ideen im eigenen Lande stehen, weil konkrete Probleme sie beschäftigen, weil Positionen erobert werden sollen, von denen aus immer wieder neue Orientierungen gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft notwendig werden; Frontveränderungen, neue Vorschläge, die in jedem Staat anders sein müssen.

Der russische Zentralismus, die Diktatur der Führer über die Partei, die Diktatur der Partei über die Gewerkschaften stellen einen tiefen Mangel an Vertrauen in die Klasseninstinkte der Arbeiterzeitung in den verschiedenen Ländern. Vielleicht bedarf es sogar eines bestmöglichen Unglaubens in ihre eigene Ueberzeugung auf, daß der Sozialismus ein mangelsüchtiges Ergebnis des wirtschaftlichen Lebens und der proletarischen Aktion sein werde.

Er ist eine billige, aber deshalb nicht weniger schamlose demagogische Phrase, den Gegensatz Amsterdam-Moskau in die Alternative bürgerliche Demokratie oder Diktatur des Proletariats pressen zu wollen.

Vorgelesen davon, daß Moskau schon seit geraumer Zeit kein so prinzipienfester Anhänger der Diktatur des Proletariats mehr ist — eins steht jedenfalls fest: die Amsterdamer Internationale hat für die bürgerliche Demokratie ebensowenig übrig wie für die russische Diktatur.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

Von 715 Verwaltungen wurde in der ersten Woche des Monats August über 27.206 Betriebe mit 1.989.324 Arbeitern berichtet. Die Beschäftigungslage gestaltete sich wie folgt:

Betriebe	Verdienste		Arbeiter	
	absolut	%	absolut	%
Vollbeschäftigt	25.188	92,6	1.907.418	90,9
Stillgelegt	231	0,8	8.200	0,4
Kurzarbeit	1.807	6,7	173.506	8,7

Dennoch ist die Zahl der kurzarbeitenden Betriebe und arbeiter weitest zurückgegangen. Die Vollbeschäftigungsziffer hat sich dementsprechend erhöht.

Die wöchentlichen Veränderungen in der Gesamtzahl der kurzarbeitenden sind aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Buche vom 3. bis 10. Juli . . . 20.606 = 10,5 %
 . . . 10. . 17. 20.688 = 10,3 %
 . . . 17. . 24. 18.764 = 9,3 %
 . . . 24. . 31. 18.000 = 9,3 %
 . . . 1. . 7. August . . . 173.991 = 6,7 %

Die Gesamtzahl der erfassten Arbeiter und die Arbeitslage in der Berichtswache in den einzelnen Bezirken geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Bezirk	Verwaltungen	Betriebe	Gesamtzahl der Arbeiter		Vollbeschäftigt		Kurzarbeit	
			absolut	%	absolut	%		
Königsberg	23	206	15.688	293	15.420	—	10	248
Stettin	57	788	49.066	715	49.401	8	1.604	1.091
Breslau	56	1.103	148.150	1.032	148.728	6	8.065	6.867
Brandenburg	47	648	46.973	689	47.878	8	84	4.213
Dresden	64	2.000	219.806	1.822	199.588	12	429	20.846
Erurt	57	1.072	72.071	1.451	65.450	22	1.065	10.856
Hannover	48	680	61.155	610	63.944	4	81	2.750
Halle	46	511	97.294	490	78.029	2	1.669	19.085
Hamburg	56	4.806	143.997	4.788	140.308	6	730	17.284
Bielefeld	14	284	35.751	228	35.681	—	—	1.190
Eisen	16	788	305.839	733	298.481	—	—	15
Jagen	26	5.887	1.192.116	6.285	1.181.890	31	1.067	521
Rhein	18	922	117.785	575	109.583	4	248	7.904
Frankfurt/Dr.	82	1.488	181.001	1.370	181.910	80	1.067	88
Stuttgart	71	2.288	213.021	1.932	178.811	8	2.000	32.690
Mürnberg	63	3.438	118.051	3.109	92.239	98	1.124	24.268

Zusammen 715 27.206 1.989.324 25.188 1.907.418 201 8.200 173.991 6,7

Bormuche 711 26.686 1.928.073 24.508 1.780.112 241 8.724 18.444 10,3

Die Zahl der beobachteten Betriebe ist ganz erheblich größer als die Angaben in dieser Tabelle. Der Umfangbereich dieser Beobachtungen erstreckt sich auf mehrere Orte, ein Teil der Verwaltungen erstreckt ganze Industrieregionen. Eine Abklärung der beobachteten Orte erfolgt nicht.

Abgenommen haben die kurzarbeitenden in den Bezirken Berlin, Brandenburg, Erfurt, Jagen, Köln, Frankfurt, Stuttgart und Nürnberg. Die Bezirke Dresden, Hamburg und Eisen weisen eine Erhöhung auf. Die Beschäftigten über die Dauer der kurzarbeit ergeben folgendes Resultat:

Wochen	Verdienste		Arbeiter	
	absolut	%	absolut	%
42 bis 45	184	10,3	25.119	14,5
46 . 41	478	23,4	69.882	40,3
48 . 35	480	28,0	81.016	17,4
54 . 31	587	38,0	88.079	22,0
unter 24	68	8,8	98.04	5,8

Von den 1.517.547 Mitgliedern waren 99.885 arbeitslos, 101.393 kurzarbeitend, davon in Berlin arbeitslos 14.865, kurzarbeitend 2837. Auf je 100 Mitglieder entfallen in der

Wochen	Verdienste		Arbeiter	
	absolut	%	absolut	%
Woche vom 3. bis 10. Juli . . .	8,06	%	8,42	%
• 10. . 17.	9,98	%	7,18	%
• 17. . 24.	9,84	%	7,17	%
• 24. . 31.	8,58	%	6,38	%
• 1. . 7. August . . .	2,62	%	6,08	%

In der Berichtswache ist demnach eine Steigerung der arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder eingetreten. In der Berichtswache wurden 232.069 Mitglieder arbeitslos gemeldet.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 28. August ist der 36. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. August bis 3. September 1921 fällig.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Börsenstraße 16 A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind. Zuschriften in anderen Angelegenheiten sind mit der Aufschrift „Persönlich“ zu versehen.

Bezirk Dresden: Beschwerden über die Geschäftsführung der Bezirksleitung sind zu richten an Alfred Seibel, Bezirksleitung, Dresden-N., Poststr. 2, 1.

Wir ersuchen die Ortsverbände, die Mitgliedsbücher der aus Halle zurückkehrenden Mitglieder einer besonderen Prüfung zu unterziehen, ob die Abmeldung ordnungsmäßig erfolgt ist und die Unterschrift eines der drei Angestellten unseres Verbandes in Halle, Paul Gröbel, Wilhelm Heyne oder Kurt Witters, trägt und ob ordentliche Beitragsmarken unseres Verbandes verwendet worden sind. Die von der milden Sozialorganisation in Halle (Berchensfeldstraße) gestellten Marken und die von dieser Stelle gegebenen Abmeldungen sind unzulässig. Wollen die Kollegen Mitglied des Verbandes bleiben, muß ihr Mitgliedsbuch und der Betrag der fehlenden ordentlichen Beitragsmarken an die Verwaltungsstelle Halle, Post 42/44, eingesandt werden, damit diese das Mitgliedsbuch ordnet.

Den in letzter Zeit abgereisten Mitgliedern der Berchensfeldstraße ist dort anstelle ihres Mitgliedsbuches ein Mitgliedschaftsausweis (grüne Karte) gegeben worden. Er enthält auf der Rückseite die Aufforderung, allmonatlich mindestens einmal die Beiträge nach Halle einzuführen. Solche Karten sind natürlich völlig bedeutungslos und die damit ausgestatteten Kollegen betrogen. Keine Verwaltungsstelle und kein Betrieb wird bei der Kontrolle der Organisationszugehörigkeit solche Karten gelten lassen. Den nach Halle reisenden Kollegen ist in den abmeldenden Verwaltungsteilen Mitteilung von den Vorgängen in Halle zu machen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß nach Halle gezeigte Kollegen ohne Kenntnis der Vorgänge waren und deshalb zu ihrem Schaden nach der Verchenfeldstraße gelockt werden konnten. Jedes nach Halle kommende Mitglied meldet sich in unserem dortigen Büro, Post 42/44, an.

Anforderung zur Rechtfertigung: Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Kassel: Der Schlosser Heinrich Heel, geb. am 13. August 1897 zu Niebergrensbach, Mitgliedsbuch Nr. 3971112, wegen Unterschlagung von Mitgliedsbüchern und Verbandsgeldern.

Offiziell gerügt wird:

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Posen: Der Dreher Paul Gbler, geb. am 19. Mai 1889 zu Posen, Mitgliedsbuch Nr. 1260208, wegen Verstoß gegen die Verbandsinteressen.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Posen: Der Dreher Edward Wetzel, geb. am 18. Juni 1900 zu Posen, Mitgliedsbuch Nr. 4263152, wegen Unterschlagung des Mitgliedsbuches Nr. 4153629, lautend auf Alfred Wietlich.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Schwidwigshausen:

Der Metallarbeiter Max Heller, geb. am 6. Juni 1888 zu Mundenheim, Mitgliedsbuch Nr. 4188698, wegen Schwindelens und Betrug.

Gestohlen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 2889256, lautend auf den Werftarbeiter Friedrich Hoffmann, geb. am 15. März 1908 zu Heitersb., eingetragen am 26. Juli 1916 zu Weigenburg (Weigenburg). Mitgliedsbuch Nr. 4263876, lautend auf den Georg Maurer, geb. 1. (Wattlingen).

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zutritt ist fernzuhalten:

von Elektromotoren nach Würzburg (Gross, Döner & Co.) 2. von Formern und Schleifsteinen nach Stargard i. Pommern (Gebr. Eisner) St.; von Gold- und Silberarbeitern nach Düsseldorf (Bereinigtes Silberwarenfabrik) St.; nach dem ganzen Gebiet der Schweiz 2.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Chemnitz (Friedrichs- & G. vom J. Böge) St.; nach Gungl bei Lier (Hubert Zetzelmayr, Maschinenfabrik) 2.; nach Giesfeldt & Chemnitz (Ge. Carl Böhm) 2.; nach Elbing (Ge. Schönan) 2.; nach Ginnshaus; nach Landa i. Pomm. (Landaer Maschinen- und Bohrmaschinenfabrik) 2. und (Landwirtschaftliche Maschinen- und Bohrmaschinenfabrik) 2.; nach Lützenburg 2.; nach Norden in Ostpreußen St.; nach Stargard i. Pomm. St.; nach Zischewitz bei Chemnitz (Motorenfabrik J. Rasmussen) 2.; von Walzwerkarbeitern nach Trefeld (Stahlwerk Bedter) 2.

A = Lohnbewegung; D = Differenz; A. E. = Streit in Sicht; R. = Streit; M. = Klagung; M. = Klage; A. = Ansperrung; Ansperrung: Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der beabsichtigte Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Entschädigung bei der geschädigten Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuführen. Das Schriftbild ist von der Verwaltung, der das Mitgliedsbuch zugewiesen ist, zum Austausch der Mitgliedsbücher abzugeben zu lassen.

Rundschau

Konsumgenossenschaften und Preissteigerung. Das Verzeichnis des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine liegt in seiner Sitzung am 11. August einflussreichen Beschlüssen. Das Verzeichnis enthält die Namen der Konsumvereine, soweit die Angelegenheit nicht durch anderweitige Abmachungen geregelt wird, die Erhöhung des Preiszeichens ab 15. August für die bei ihnen beschäftigten Personen durch eine Preisliste aufzugeben, die am 12. August in Kraft tritt. Einmalig empfiehlt es, einen Preisgleich für die in Zukunft folgende Preisliste ab 1. Oktober durch eine wöchentliche Zulage von mindestens 1,50 M zu bewerkstelligen.

Eine arbeitslosenähnliche Untersuchungskommission. In England sind bereits Untersuchungen im Gange. Das Institut wird von Professor Ewington geleitet, dem eine Reihe von erfahrenen Metallarbeitern zur Seite stehen. Die Aufgabe des Instituts ist die Untersuchung der Erwerbsverhältnisse, Beschäftigungsgänge, das soziale Verhältnis zwischen Arbeit und Lohn, die Forderungen der Arbeiter und die Wärme in den Arbeitsverhältnissen auf die Arbeit, die Preissteigerungen für die Verbraucher und die...

Müssen einem entlassenen Arbeiter Prämienlohnzuschläge nachgezahlt werden?

Diese wichtige Frage wurde vom Gewerbegericht Duisburg entschieden. Ein Metallarbeiter, der von einem Bevollmächtigten unserer Verwaltungsstelle Duisburg vertreten wurde, klagte gegen die Süddeutsche, Duisburg-Abteilung. Die Süddeutsche wurde verurteilt, an den Kläger 92,93 M zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

Folgt: Der Kläger trägt vor, daß er am 23. März 1921 von der Beklagten entlassen worden sei. Der Betriebsrat habe ihm nur im April auf Erfindung mitgeteilt, daß zu wenig Produktionsprämie gezahlt worden sei. Es werde aber darüber noch verhandelt. Nach Rücksprache mit dem Betriebsrat vom 23. Mai sei ihm mitgeteilt worden, daß ihm für diejenige Prämienklasse, welcher er angehört, noch ein Betrag von 92,93 M nachgezahlt werden müsse, und zwar vom Monat Februar 1921 für 190 Stunden zu je 11 S gleich 20,90 M und vom März 1921 für 147 Stunden zu je 49 S gleich 72,03 M. Die Beklagte wolgere sich, die genannte Summe nachzu zahlen mit der Begründung, daß diejenigen Leute, welche in der Zeit der Verhandlungen entlassen seien, keinen Anspruch auf die Nachzahlungen hätten. Vom Betriebsrat sei weiter mitgeteilt worden, daß ausdrücklich der 1. Februar als Termin für die Nachzahlung angehängt sei. Der Kläger beantragt, die Beklagte zu verurteilen, an ihn 92,93 M zu zahlen. Die Beklagte beantragt Abweisung der Klage. Sie wendet ein, daß der Kläger zurzeit des Inkrafttretens der Prämienvereinbarung bereits aus ihren Diensten ausgeschieden sei. Es sei am 10. Mai dieses Jahres eine neue Prämienregelung getroffen worden für diejenigen Betriebe, in denen technische Verbesserungen der Betriebsleistungen vorgenommen worden seien. Unter diese Abmachung falls der Kläger nicht, da er bereits am 23. März ausgeschieden sei. Der Kläger führt demgegenüber aus, daß, wenn die Beklagte die Anwendbarkeit des neuen Prämienabkommens im vorliegenden Falle bestreite und wenn das Gericht dem beiträte, der Kläger noch Ansprüche auf Grund des früher geltenden Prämienabkommens haben würde, und zwar für 31 Stunden im Februar und für 66 Stunden im März im Gesamtbetrag von 155,92 M. Für diesen Fall stellt der Kläger den Eventualantrag, die Beklagte zur Zahlung von 155,92 M zu verurteilen. Die Beklagte beantragt Abweisung auch des Eventualantrages.

Gründe: Das Gericht hat den Anspruch des Klägers in der in erster Linie geltend gemachten Höhe von 92,93 M als begründet angesehen. Auf Grund des Ergebnisses der Verhandlung hat das Gericht die Überzeugung erlangt, daß der Kläger noch Prämien für die Monate Februar und März zu beanspruchen hat, was die Beklagte auch grundsätzlich nicht bestreitet. Es fragt sich nur, ob der Kläger seinen Antrag auf das früher geltende oder das neue Prämienabkommen vom 10. Mai dieses Jahres stützen kann. Das Gericht hat letzteres angenommen. Das neue Prämienabkommen ist an Stelle des bisherigen getreten und es sind infolgedessen keinerlei Gründe ersichtlich, daß der Kläger nach dem alten Abkommen behandelt werden könnte, das allerdings für ihn günstiger gewesen wäre. Unerschütterlich ist es, daß der Kläger vor Inkrafttreten des neuen Abkommens aus den Diensten der Beklagten ausgeschieden war, da er die verdiente Prämie für die Monate Februar und März überhaupt noch nicht erhalten hat. Es war daher wie gesehen, zu erkennen.

Soziales Los und Tuberkulose.

Eine vom Arzt Dr. Höger in Frankfurt a. M. ausgearbeitete Statistik über die Tuberkulosesterblichkeit in Frankfurt a. M. in den Jahren 1912 bis 1914, über die die Zeitschrift für Medizinalbeamte jetzt berichtet, zeigt uns nur zu deutlich wieder einmal die Tuberkulose als Proletariatskrankheit. Die Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit betrug nämlich bei den männlichen Personen nur 28 Prozent, bei den weiblichen aber 72 Prozent. Und daß diese gewaltige Steigerung der Tuberkulosesterblichkeit beim weiblichen Geschlecht auf das soziale Leben zurückzuführen ist, dem die schwächere Frau nicht so gewachsen ist wie der Mann, das zeigen uns die Angaben über die Sterblichkeit in den verschiedenen Altersklassen. In der Zeit bis zu 15 Jahren ist die Sterblichkeit im großen und ganzen gleich, der Unterschied ist verhältnismäßig minimal. Aber dann, wenn das weibl. Leben beginnt, schnell die Sterblichkeit beim weiblichen Geschlecht gewaltig in die Höhe. Während die Tuberkulosesterblichkeit beim männlichen Geschlecht zwischen 15 und 30 Jahren nur 31 Prozent betrug, hat sie beim weiblichen 92 Prozent betragen. Und im Alter von 30 bis 60 Jahren betrug sie statt 30 Prozent bei den Männern gar 96 Prozent bei den Frauen. Diese Zahlen zeigen uns nur zu deutlich die Tuberkulose, die heute eine solche Verbreitung gefunden hat als soziale Krankheit. Die Tuberkulose ist und bleibt die Proletariatskrankheit.

Ein christlicher Boykott.

Die christlichen Gewerkschaften haben in dem über längere Zeit hingehenden Boykott eines unumschließlichen Arbeiters, wie es eben nur der internationale Gewerkschaftsbund begehen konnte. Als sie merkten, daß die amerikanischen Gewerkschaften sich diesem Boykott nicht anschließen und sich bald darauf von der amerikanischen Internationalen trennten, waren sie begeistert von der Freiheit der Amerikaner. Die christliche Internationale der Gewerkschaften schielte lebendiger über den Ozean und hätte sich gern auf ein Bündnis mit den amerikanischen Gewerkschaften zum Zeichen der christlich-bürgerlichen Gesinnungsgemeinschaft eingelassen. Nun aber stellt sich heraus, daß die Amerikaner gar nicht so tugendhaft sind. Der Gedanke, den Boykott als wirtschaftliches Zwangsmittel gegen Regierungen zu benutzen und die Souveränität der Staaten durch die Sonderart der Arbeiterschaft zu verletzen, findet auch in Amerika Anklang. Allerdings in unvollkommener und deshalb unwirksamer Form. Dem amerikanischen Gewerkschaftsbund in Denver wurde von verschiedenen Delegierten eine Resolution unterbreitet. Der Gewerkschaftsbund solle den Boykott über englische Waren und englische Schiffen verbieten, solange die englische Regierung ihre barbarische und niederträchtige Politik gegenüber Irland fortsetze. Der Boykott solle durchgeführt werden, bis die englische Regierung die irische Republik anerkennt. Obwohl lebensfähig für diese Resolution gekämpft wurde, ist sie nicht angenommen worden. Aber daraus kommt es nicht an. Es ist auch ohne Bedeutung, daß der Boykott verunflüchtigt keinen Erfolg gehabt hätte, da er nur dann eine wirksame Waffe ist, wenn er international befolgt wird und durchgeführt wird. Nicht die ersten unvollkommenen Versuche entscheiden über die Zukunft eines jungen Seebundes. Das ist überhaupt nicht der Fall, daß er sich allmählich der Welt bemächtigt und da und dort für die Praxis ausgeschliffen wird, ist ein Zeichen seiner Lebenskraft. Es ist eine Probe des Schicksals, daß der Seebund des Boykotts gerade von dem römisch-katholischen Teil der amerikanischen Arbeiterschaft aufgegriffen wurde. Werden die christlichen Gewerkschaften dieses Zwangsmittel der freien Arbeiter auch in diesem Falle als unzulässige Brutalität verurteilen?

Vom Ausland

Belgien. Der Kongress des belgischen Metallarbeiterverbandes beschäftigt sich mit dem Problem der Arbeiterkontrolle; als Grund der Besprechung dient das Verbot eines von ihm eingesetzten Kommission über das deutsche Betriebsratsgesetz. Dieses Gesetz hat folgende Kritikpunkte: Das deutsche Gesetz hat die Aufgabe der Betriebsratsmitglieder, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu schützen, gegen die Willkür der Unternehmer und der Arbeitgeber zu setzen. In Belgien ist jedoch nur das Recht der Betriebsratsmitglieder vorgesehen, ohne daß der letztere verpflichtet ist, Bemerkungen über die Belange der Arbeiter zu machen, welche dem Arbeitgeber gegenüber gemacht werden sollen. Die belgische Kommission meint, daß die Arbeiterkontrolle geteilt werden müsse: die Be-

treiberkontrolle sollen die Produktion, den Verkauf und die Gewinne kontrollieren, während den Gewerkschaften die Regelung der Arbeitsbedingungen der Arbeitsverhältnisse und die Kontrolle der Löhne obliegen sollen.

Die Kommission wünscht endlich, die Arbeiterkontrolle zunächst nicht auf dem Wege der Gesetzgebung, sondern durch Vereinbarung mit den Unternehmern versuchsweise einzuführen.

Amerika.

Im Jahre 1920 war die Zahl der Arbeitseinstellungen in den Vereinigten Staaten geringer als in jedem der letzten vorangegangenen vier Jahre: dieser Rückgang der Stelle ist in erster Linie der Wirtschaftskrise zuzuschreiben. Denn in der Krise können die Arbeiter Löhnerhöhungen nicht durchsetzen und Lohnminderungen schwer abwenden. Der Streik ist in dieser Lage ein nicht allzu verwandbares Mittel; nützt oft nur den Unternehmern, welche Kosten sparen. Das zeigt sich auch darin, daß 1920 von allen Streiks nur 40 v. H. mit einem Erfolg der Gewerkschaften abschlossen, hingegen in den Jahren 1917 und 1918 fast 90 v. H. In dieser Lage wird der erfahrene Gewerkschafter daher womöglich den Streik zu vermeiden trachten. Der Streik auf der Höhe aber ist eben oft so stark, daß die Arbeiter spontan zum Streik greifen. So brachen 1920 251 Streiks gegen den Willen der Gewerkschaften aus; 1917 nur 50. Die Krise ist derzeit eine Feuerprobe für die gewerkschaftliche Organisation.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werk angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)
Wie eine Revolution zugrunde ging. Eine Schilderung unter einer Augenzeugen. Von Eduard Bernstein. Preis kart. 6 M. - Ein Lebensbild Ferdinand Lassales. Der Jugend erzählt von Dr. Willy Cohn, Breslau. Preis kart. 5 M. - Weibe Schriften sind (eben im Verlag von J. S. W. Dieckmann, G. m. b. H. in Stuttgart erschienen).
Die Fortführung der Rätegesetzgebung (Verlagswirtschaftsrat), von S. Aufsänger, R. d. R. Meierat gehalten auf dem zweiten ordentlichen Bundeskongress des Bundes der technischen Angestellten und Beamten. Preis 2 M. - Industriebeamtenverlag, G. m. b. H., Berlin NW 52, Weststr. 7.
Der kollektive Arbeitsvertrag in Deutschland. Von Richard Seibel. Einführung in die neuere Entwicklung des Tarifwesens. Verlag der Allgemeinen freier Angestelltenbund (Dr. Witzmann), Berlin NW 52, Weststr. 7.
Automobiltechnisches Handbuch. Von Richard Bussen. 10. Aufl. Preis geb. 40 M. - Verlag Buchhandlung für technische Literatur W. Pragn, Berlin W 10, Genthinerstr. 39. - Dieses Werk ist vollständig durchgesehen, alle alten Konstruktionen sind gestrichen und so ist Raum für alle Neuerungen gewonnen. Das Werk ist ein Handbuch für Kraftfahrzeugkonstruktoren. Sein reiches Inhalt bietet jedem, der mit Kraftfahrzeugen, ganz gleich welcher Art, zu tun hat, Gelegenheit, sich zu orientieren. - Im gleichen Verlag erschienen: Der Lichtstrombegriff und seine Anwendungen. Von Dr. Ing. R. A. Halberstam. Preis brosch. 10 M.
Chemisch-technisches Rezept-Lexikon. Ein Hand- und Hilfsbuch für Gewerbetreibende und Industrielle jeder Art, für Hausarbeiter usw. Zusammengefasst von Dr. phil. Max Schärer-Winkelmann. Dritte Auflage. Preis geb. 30 M., hierzu 20 Prozent Verlagszuschlag des Buchhandels. - Diese bewährte Sammlung von Vorschriften und Rezepten aus dem in alle Berufszweige eingreifenden chemisch-technischen Gebiete bringt nicht nur für alle Gewerbetreibenden und Industriellen ein brauchbares Hand- und Hilfsbuch, sondern dient auch den vielfachen Bedürfnissen des täglichen Hausgebrauchs. Die große Anzahl der zuverlässigen Vorschriften, welche nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten und ohne komplizierte maschinelle Einrichtungen auszuführen sind, wurden durchgehend in praktische Zwecke angepaßt. Diese Vorschriftenammlung, welche fast alle Gebiete menschlicher Betätigung umfaßt, will ihren Teil dazu beitragen, zur Selbstherstellung vieler notwendiger Dinge anzuleiten und auch zum Selbstfinden weiterer Verfahren die Anregung zu geben.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(V. a. G., Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassa im Monat Juli 1921.

Einnahmen:	
Von den Filialen eingelangt	811 720,14 M.
Beiträge von Einzelmitgliedern	8218,60 M.
Zinsen	8297,60 M.
Mieten	1018,88 M.
Sonstiges	4274,71 M.
Zusammen	853 659,93 M.
Ausgaben:	
In die Filialen gesandt	41 125,- M.
Krankengeld an Einzelmitglieder	1022,- M.
Verwaltungskosten	61 829,46 M.
Sonstiges	60,- M.
Zusammen	103 546,46 M.
Abschluß:	
Einnahmen	853 659,93 M.
Ausgaben	103 546,46 M.
Resteinnahmen	249 813,44 M.
Kassenbestand am 1. Juli 1921	58 628,98 M.
31. 7. 1921	614 509,97 M.

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbefälle bestimmten Postforderungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (V. a. G.), Hamburg 1, Waisenbinderhof 70, zu richten.
Bei jeder Geldsendung an die Hauptkassa ist stets angegeben, ob der Betrag für die Krankenkasse oder für die Sterbefälle bestimmt ist und wenn für beide Kassen, dann wieviel für jede.
Mit Gruß H. Weidert, Hauptkassier.

Anzeigen

Bestellern betr. die Werbestellen für den Verkauf, sondern an die in der Zeitschrift des Metallarbeiter-Zeitung zu richten.
Feilenhauer, perfekte (Machinenhauer), für Schlüsselfabrikanten gesucht. Kimmendorfer Maschinen- und Feilenfabrik G. m. b. H., Kimmendorf (Sachsen).